

Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität. Globale und lokale Strategien.

In reichen Ländern wie Österreich- wird Armut kaum mit Hunger gleichgesetzt. Mit der Verbreitung von Tafeln und Sozialmärkten, die „Wegwerf-“ bzw. „Restware“ verbilligt an Bedürftige vergeben, mehren sich die Zeichen für eine Bedrohung dieser Situation. Zugleich gibt es viele Bauern und Bäuerinnen, die ihre frischen und biologischen Produkte nicht kostendeckend verkaufen können. Ausgaben für Ernährung zählen neben Wohnen und Energie zu den Hauptposten im Haushaltsbudget von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Fragen nach den Ernährungsmöglichkeiten gehören zum Standardrepertoire der Armutsstatistik und -forschung. Neben der physischen wird dabei auch die soziale Dimension von Ernährung in den Blick genommen.

Sozialmärkte, Tafeln und ähnliche Projekte sind als – im wahrsten Sinne des Wortes – Notlösung zu verstehen. Sie dienen der unmittelbaren Linderung von Not; Systemprobleme wie Überproduktion und Spekulation und die Politik großer Lebensmittelkonzerne werden dabei genauso außer Acht gelassen wie stigmatisierende Wirkung auf Betroffene. Im Folgenden wird erörtert, inwieweit Ernährungssouveränität, wie sie von Kleinbauern und -bäuerinnen des Südens entwickelt und gefordert wird, um das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen in der Ernährungspolitik zu stärken, auch in Österreich und insbesondere von und mit armutsbetroffenen Menschen entwickelt werden kann.

Gertrude KLAFFENBÖCK, Irmi SALZER, Michi SCHÜTTE, Alexandra STRICKNER, Nadine ZIELONKE

Kommentar zum Forum

Maria MOSER

ORF TV, Abteilung Religion,
moderiert das Forum.

Ernährung – ein Thema, das jeden und jede betrifft. Jede und jeder braucht Nahrung. Das heißt auch: Jeder und jede muss sich darum kümmern, dass er/sie etwas zu essen hat. Jeder und jede muss entscheiden, welche Nahrungsmittel er/sie kauft – eine Entscheidung, die für manche heißt: Biobauer oder Diskonter? Und für andere: heizen oder mehr als Kartoffel essen?

Dass sich letztere Frage im reichen Österreich verschärft stellt und sich immer mehr Menschen die grundlegenden Lebensmittel nicht mehr leisten können, zeigt die rasante Entwicklung am „Nahrungsmittel-Hilfe-Markt“: Lebensmittelausgaben für Armutsbetroffene, Tafeln und Sozialmärkte haben Hochkonjunktur. Sie sind Strategien, um Menschen, die ansonsten nicht ausreichend zu essen hätten, rasch und weitgehend unbürokratisch Zugang zu Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Aber: Ist damit das Recht auf Nahrung angemessen umgesetzt? Ist es nicht stigmatisierend, vielleicht sogar entwürdigend, sich Nahrungsmittelspenden abzuholen? Wie fühlt man sich, wenn man im Sozialmarkt zwar Filet-Soße zum kleinen Preis bekommt, aber kein Filet dazu (Michi Schütte)? Und noch weiter

gedacht: Wie schauen die Lebens- und Arbeitsbedingungen jener Menschen aus, die produzieren, was wir essen? Was passiert sonst noch alles entlang der Produktionskette? Und was bedeuten diese Fragen für die Frage nach dem Recht, sich zu ernähren? Fragen, die beim Forum „Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität“ aufgeworfen wurden. Wären sie beim Forum auch gelöst worden, Podiumsdiskutantinnen und TeilnehmerInnen müssten auf der Stelle den Nobelpreis bekommen.

Was sich jedenfalls deutlich gezeigt hat beim Forum: Ernährung ist ein Thema, das jeden und jede direkt betrifft – an dem sich zeigt, wie sehr jeder und jede in ökonomische Strukturen nolens volens eingebunden ist. Und Ernährung ist ein Thema, bei dem – wenn es im Kontext von Armutsbekämpfung diskutiert wird – die Spannung zwischen grundsätzlicher Systemkritik und der Notwendigkeit etwas zu tun, damit sich die konkrete Situation von Menschen mit Armutserfahrungen verbessert, besonders virulent wird. Die folgenden Beiträge der PodiumsteilnehmerInnen geben einen Einblick in diese Problematik.

Jeder Mensch hat das Recht, frei von Hunger zu sein

Wenn von Hunger die Rede ist, haben wir meist Situationen vor Augen, die von Naturkatastrophen oder Kriegen geprägt sind und in weit entfernten Ländern liegen. Selten denken wir dabei an Menschen verschiedenster Altersgruppen in hochentwickelten Ländern. Zwar leben nach wie vor die meisten Menschen, die Hunger ausgesetzt sind in den sogenannten Entwicklungsländern, in den letzten Jahren sind jedoch auch in verschiedenen Industrieländern diese Zahlen dramatisch im Steigen begriffen. Laut FAO leben 80% der Menschen weltweit, die chronischem Hunger ausgesetzt sind, auf dem Land – also jenen Regionen, wo eigentlich Nahrungsmittel erzeugt werden.

Bei Weitem mehr als die Hälfte von ihnen sind Frauen. 90% des weltweiten Hungers zeigt sich in chronischer Unter- und Mangelernährung, mit entsprechenden Folgen für Gesundheit, physiologische Entwicklung und Lebenserwartung – insofern ist Hunger durchaus mit Folter zu vergleichen. Chronische Unterernährung bzw. Hunger ist mit Abstand am häufigsten strukturell bedingt – nur etwa 10% des weltweiten Hungers wird durch Kriege oder Naturkatastrophen verursacht. Es sind also gesellschaftliche Machtverhältnisse, die Menschen, soziale Gruppen und/oder ganze Teile der Bevölkerung diskriminieren, marginalisieren und ausgrenzen – und zwar so weit, dass ihre Existenzgrundlagen dauerhaft gefährdet oder ihnen gar entzogen sind. Die Gründe sind also meist in der (nationalen und internationalen) Gesellschaftsordnung, die täglich Millionen von Menschen des Rechts auf ein Leben in Würde zu suchen beraubt, zu suchen.

Mit der Erklärung der Menschenrechte von 1948 erkennt die UN-Staatengemeinschaft unter anderem das grundlegende Recht jedes Menschen, frei von Hunger zu sein, an. Im Jahr 1976 trat der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in Kraft, inzwischen bekennen sich mehr als 150 Staaten zum Recht jedes Menschen auf einen angemessenen Lebensstandard, wie er in Artikel 11 festgelegt ist. Ein angemessener Lebensstandard umfasst Grundbedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung, Wohnen und die Möglichkeit, gegen Not- und Krisenfälle vorzulegen zu können. Mit dem Bekenntnis der

Paktstaaten zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechten jedes Menschen wird die Befriedigung von Grundbedürfnissen nicht mehr „nur“ zur Frage von Ethik und Moral – sie wird zu einer Frage von Gesetz und von Recht. Regierungen, die sich zu Demokratie und Menschenrechten bekennen, stehen vor allem gegenüber jenen Menschen in der Pflicht, die aufgrund herrschender Strukturen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das Recht auf Nahrung wird u.a. als eines der grundlegenden Menschenrechte betrachtet, weil dessen Erfüllung als Voraussetzung für den Genuss weiterer Menschenrechte wie Gesundheit, Bildung oder Teilnahme am kulturellen Leben gilt. Während Staaten verpflichtet sind, diese Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten und diese durch Mittel des Rechtsstaates um- und durchzusetzen, sind alle Akteure und Akteurinnen der Gesellschaft gleichermaßen verantwortlich, dazu beizutragen, dass diese Menschenrechte für alle erfüllt werden.

Grundlegende Elemente zum normativen Charakter zum Recht auf angemessene Nahrung beinhalten verschiedene Dimensionen: etwa jene des ökonomischen und physischen Zuganges zu angemessener Nahrung sowie die (direkte und indirekte) Verfügbarkeit derselben. Der ökonomische Zugang umfasst jene wirtschaftlichen Aspekte, nach denen adäquate Nahrung leistbar bleiben muss, ohne andere Grundbedürfnisse (etwa Wohnen, Kleidung, Hygiene etc.) zu gefährden. Der physische Zugang spricht Behinderungen bzw. Hindernisse an, mit denen sich Menschen einzeln oder in Gemeinschaft konfrontiert sehen, wenn sie sich nicht adäquat ernähren können. Dies können zum einen ältere und/oder pflegebedürftige und/oder physisch beeinträchtigte Menschen sein, Opfer von Katastrophen oder lokale/indigene Gemeinschaften, die auf verschiedenste Weise von Territorien abgeschnitten sind, die für ihre adäquate Ernährung wesentliche Bedeutung haben.

Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln erlegt dem Staat die Pflicht auf, sowohl die direkte als auch die indirekte Verfügbarkeit durch Gesetze, Programme oder andere rechtsstaatliche Mittel zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Die direkte Verfügbarkeit beinhaltet beispiels-

Gertrude KLAFFENBÖCK
ist Sektion Koordinatorin von FIAN Österreich, FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

weise produktives Land und andere natürliche Ressourcen, die notwendig sind, um Menschen adäquat ernähren zu können. Mit indirekter Verfügbarkeit sind funktionierende Verteilungs- und Verarbeitungssysteme angesprochen. Dazu gehören auch Marktssysteme, die Produktion und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen: auf Haushaltsebene sowie lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Regierungen haben darüber hinaus sicherzustellen, dass Nahrung in entsprechender Qualität (z.B. frei von gesundheitsgefährdenden Inhalten) und den altersgemäßen physiologischen Erfordernissen erhältlich und zugänglich ist.

Neben den genannten qualitativen Aspekten ist auch jener der Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung: Staaten müssen dafür sorgen, dass Zugang und Verfügbarkeit sowohl von Ressourcen als auch von Nahrung im engeren Sinne nachhaltig gestaltet sind. Dieses normative Element verpflichtet Regierungen zu einer Politik, durch welche die Voraussetzungen und die Befähigung der Gesellschaft sowie einzelner Menschen, sich zu ernähren, mittel- und langfristig nicht gefährdet werden. Das Recht auf Nahrung betrifft schließlich auch kommende Generationen, die einen Anspruch darauf haben, dass dieses grundlegende Recht für sie gewahrt bleibt.

Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität

Irmis SALZER

ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der ÖBV-Via Campesina Austria (Österreichische Bergbauern- und Bäuerinnen Vereinigung) und Mitglied der Arbeitsgruppe „GAP und Ernährungssouveränität“ der Europäischen Koordination der globalen KleinbäuerInnen- und Landlosenbewegung La Via Campesina (ECVVC).

Was ist Ernährungssouveränität? Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde von La Via Campesina, einer internationalen Organisation der KleinbäuerInnen, Landlosen und LandarbeiterInnen, entwickelt. Ernährungssouveränität impliziert weit mehr als der technische, Menschen und ihre Bedürfnisse ausblendende Begriff der Ernährungssicherung. Das Konzept der Ernährungssouveränität besagt, dass die Bevölkerung einer Region oder eines Landes ihre Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst bestimmen kann, sofern dabei nicht die Rechte anderer Länder verletzt werden (wie es beispielsweise durch Dumping geschieht). Staaten und Regionen haben die Möglichkeit, ihre Produktion zu schützen, sowie die Produktionsweise und die Herkunft ihrer Lebensmittel zu kontrollieren. In welchem Ausmaß produziert, importiert und exportiert werden soll, darf also nicht von global geltenden Freihandelsregeln abhängen, sondern wird von BäuerInnen, KonsumentInnen und lokalen PolitikerInnen demokratisch entschieden. Auch die Verfügungsgewalt über Land und Ressourcen unterliegt der lokalen Kontrolle. Ernährungssouveränität bedeutet eine Aufwertung der BäuerInnen. Sie bekommen kostendeckende Preise und verringern die Abhängigkeit vom Großhandel. Im Gegenzug verpflichten sie sich dazu, gesunde und kulturell angepasste Lebensmittel unter sozial und ökologisch nachhaltigen Bedingungen zu produzieren.

Viele Menschen sind der Meinung, Ernährungssouveränität sei ein Konzept nur für den Süden. Doch auch bei uns kann und soll Ernährungssouveränität verwirk-

licht werden – eine angesichts der weltweiten Nahrungsmittelkrise sowie der steigenden Armut in den Industrieländern hochaktuelle Forderung. KritikerInnen der Ernährungssouveränität verunglimpfen das Konzept meist als rückständig, als protektionistisch oder gar chauvinistisch. Doch „Freihandel oder Ernährungssouveränität“ beschreibt eine falsche Alternative, wie Thomas Gröbly treffend meint. Ernährungssouveränität bedeutet nicht, jegliche Ein- oder Ausfuhren zu verbieten, sie wendet sich jedoch gegen die Abhängigkeit von Export- bzw. Importmärkten. Sie steht für ein Primat der Selbstversorgung mittels einer ökologisch und sozial nachhaltigen Produktion. Auch wenn wir Lebensmittel billig(er) importieren könnten, sprechen zahlreiche Argumente dafür, die lokale bzw. regionale Selbstversorgung zu erhalten bzw. wiederzuerlangen.

Ernährungssouveränität ist kein Rezept, das man Schritt für Schritt nachkochen kann. Sie ist ein politisches Konzept, das auf der Mitbestimmung von VerbraucherInnen und ProduzentInnen aufbaut, auf demokratischer Kontrolle, Transparenz und Glaubwürdigkeit. Insofern stellt Ernährungssouveränität einen wichtigen Baustein im Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung dar – auch und gerade bei uns. Alle Menschen sollen demokratisch und miteinander entscheiden dürfen, wie, von wem und unter welchen Bedingungen die Lebensmittel erzeugt werden sollen, die wir alle essen. Priorität hat die Verfügbarkeit von gesunder, kulturell angepasster und qualitativ hochwertiger Nahrung für alle Menschen – das bedeutet natürlich auch, dass diese Nahrung für alle leistbar sein soll.

KonsumentInnen müssen nicht nur ihr Einkaufsverhalten prüfen, sondern sich als aktive BürgerInnen der Gesellschaft begreifen. Wir sind gegen die KonsumentInnen-demokratie! Politisch korrekte einkaufen allein reicht nicht. Wir müssen gemeinsam Alternativen zu diesem Lebensmit-

telsystem, das auf unfairen Bedingungen entlang der ganzen Wertschöpfungskette beruht, schaffen. Also politisches und gesellschaftliches Engagement, Alternativen leben, solidarische Ökonomie. Zuerst hier bei uns was ändern, bevor wir uns im Süden einmischen.

Praktisch betrachtet

Als reger Teilnehmer an Workshops, Seminaren und anderen Veranstaltungen, die sich mit Themen rund um Armut, Armutserfahrung und Armutsbekämpfung (nicht ARMENbekämpfung!) befassen, war ich bereits vom 20.11.–22.11.2009 zu einer interessanten Veranstaltung unter dem Motto „Wir schaffen ein nachhaltiges Lebensmittel- und Agrarsystem“ in Freistadt, Oberösterreich, eingeladen. Und da inzwischen viele Organisationen unter dem Mäntelchen der Armutskonferenz vernetzt sind, hat es mich nicht überrascht, dass ich mich bei der 8. Armutskonferenz als Referent zum Thema „Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität“ gefunden habe. Also, die gleichen Menschen wie in Freistadt wieder zu treffen, hat mich nicht gewundert. Dass man mir zutraut, dass ich zum Thema etwas beitragen kann, allerdings schon!

Nahm ich also meine Schreibmappe in die Hand, den Mut zusammen und am wirklich runden Tisch Platz. Als einziger Mann und einziger Betroffener unter fünf Damen im ReferentInnenteam einschließlich der Moderatorin fühlte ich mich seltsamer Weise bald recht wohl. Vermutlich, weil ich unvorbelastet von meinen eigenen Erfahrungen berichten durfte. „Michi, was sagst du dazu?“, war bald mein Lieblingssatz unserer Moderatorin Maria Moser. Ja, was sage ich dazu? Zunächst einmal gar nichts, denn ich hörte aufmerksam zu, wie viele Ansätze und Überlegungen es gibt, Lebensmittel gerecht zu verteilen. Gerecht für die VerbraucherInnen, die Zwischenhändler, denn nicht alles kann auf direktem Wege zum Verbraucher gelangen, und natürlich für die ProduzentInnen. Das ist ein großes Thema, und Lösungen sind nur ansatzweise gefunden worden. Sozialmärkte, Bauernmärkte, Genossenschaften, Arbeit gegen Naturalien, Guerrilla Gardening, auch die Tafeln, die gespendete Lebensmittel an Bedürftige verteilen. Das war mir jetzt nicht neu, aber was ich dann hören musste, hat mich doch überrascht. Wie viele Lebensmittel vernichtet werden, weil sich der Transport nicht lohnt oder

um die Preise stabil hoch zu halten. Wie viel die Supermarktketten verdienen, und wie wenig die ErzeugerInnen. Wie viel Monopol schon hinter dem Saatgut steckt, wie viel Urwald für die Erzeugung von Palmöl zerstört wird.

Menschen in prekären Lebenssituationen haben eine andere Normalität als ein Gut- oder Normalverdiener. Ich sehe mir nicht die Preise im Reisebüro an, mich interessieren die Benzinpreise nicht ansatzweise, ich schaue nicht nach der Farbe sondern nach dem Preis von Kleidungsstücken. Und ich wundere mich, dass biologische Nahrung günstiger sein kann als gedankenlose Einkaufen von irgendwas. Nur – das gilt, wenn ich z.B. 400 anstatt 600 Euro ausgeben kann. Mir selbst bleiben nach Abzug aller Fixkosten 300 Euro im Monat, allerdings für alles: Lebensmittel, Kleidung, Möbel, eben alles. Das bedeutet, ich kann mich überhaupt nicht gesund ernähren und denke auch selten darüber nach. Denn meine Normalität besteht aus Minimalbedürfnissen. Schlimmer ist es, wenn ein Mensch obdachlos wird. Dann wird das Leben teurer, weil man nichts mehr kühlen oder überhaupt sicher lagern kann. Die Frage, ob ich einen Besuch bewirten kann, muss ich mit ja beantworten. Allerdings nur, wenn er oder sie auch gerne Brot mit Extrawurst mag.

Ein wichtiger Punkt für mich war die Entscheidungsmöglichkeit und nicht der Zwang durch Geldmangel. Wenn ich Bio essen will, muss ich das tun können. Wenn ich gerne koche, muss ich das tun können, und wenn ich ins Restaurant gehen möchte, und wenn es nur ist, weil ich zu müde zum Kochen bin, muss ich das tun können. Die freie Wahl und Entscheidung ist ein wichtiger Bestandteil des Selbstwertgefühles und dieses verliert man leider schnell, wenn sich Grundbedürfnisse, um nicht zu sagen Menschenrechte wie Wohnen, Heizen, Essen, Kultur und Kunst, die auch zum lebenswerten Leben gehören, nur unter großen Schwierigkeiten erfüllen lassen.

Michi SCHÜTTE

ist Mitarbeiter im Vertrieb und der Theatergruppe der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar werden“ der Armutskonferenz aktiv.

Vom Sozialmarkt zum Solidarmarkt?

Alexandra STRICKNER

ist Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von Attac Österreich mit den Schwerpunkten Landwirtschaft, Welthandel, europäische und internationale Vernetzung.

Trotz prall gefüllter Supermärkte gibt es heute in Österreich und Europa immer mehr Menschen, die über zu wenig Einkommen verfügen, um sich ausreichend und gut ernähren zu können. Hunger und mangelhafte Ernährung – etwas, was viele von uns vor allem als Thema aus dem globalen Süden kennen – ist auch in Österreich und Europa für eine immer größer werdende Gruppe von Menschen tägliche Realität.

Zugleich kennen wir die Bilder und Berichte über Lastwägen voll Lebensmitteln, die zwar noch gut sind, jedoch aufgrund mangelnder Frische (im Falle von Brot und Backwaren) oder eines (fast) abgelaufenen Haltbarkeitsdatums in den Müll entsorgt werden. Der Mangel auf der einen und der Überfluss auf der anderen Seite haben zur Entstehung von neuen Einrichtungen geführt, welche eine unmittelbare Antwort auf das alltägliche Problem von armutsbetroffenen Menschen geben. Sozialmärkte und Tafeln, die in unterschiedlicher Weise eine Mittlerfunktion ausüben, um Überfluss und Mangel auszugleichen, sind aus der Perspektive der unmittelbar betroffenen Menschen eine wichtige und dringend notwendige Einrichtung.

Betrachtet man jedoch das aktuelle Lebensmittelsystem in seiner Gesamtheit, so wird sichtbar, dass diese Einrichtungen sich selbst zu brauchbaren Erfüllungshelfern eines Lebensmittelsystems machen, welches nicht mehr die Versorgung der Menschen mit guten und gesunden Lebensmitteln zum Ziel hat, sondern in erster Linie die Maximierung des Profits. Das heutige Lebensmittelsystem ist dadurch gekennzeichnet, dass entlang der gesamten Lebensmittelkette – von der Produktion des Saatgutes und Düngers über den Handel mit agrarischen Rohstoffen bis hin zu Verarbeitung und Verkauf von Lebensmitteln – eine Handvoll von meist transnational agierenden Unternehmen die Kontrolle besitzt. Dadurch besitzen diese Konzerne – wie z.B. Monsanto (Saatgut), Nestle (Handel und Lebensmittelverarbeitung) oder Metro und Rewe (Einzelhandel) eine enorme Macht: die Macht, Preise zu diktieren und auch den Konsum und Konsumgewohnheiten zu steuern. Und zwar gegenüber den Bauern und Bäuerinnen, die die Lebensmittel eigentlich erzeugen genauso wie gegenüber den KonsumentInnen. Die größte Macht in diesem

System besitzen die Supermarktketten. Bereits heute wird in ganz Europa fast der gesamte Lebensmitteleinzelhandel von ca. acht bis zehn Konzernen abgewickelt. In Österreich sind es im Wesentlichen zwei Supermarktketten, die sich den Markt teilen.

Diese Marktmacht einiger weniger Lebensmittelkonzerne führt dazu, dass Bauern und Bäuerinnen für ihre Produkte oft einen zu geringen Preis erhalten. Einen, der die tatsächlichen Kosten der Produktion und der geleisteten Arbeit nicht abdeckt. Zugleich zahlen KonsumentInnen oft immer höhere Preise. Laut den Daten der Weltbank sind global die Preise für Lebensmittel in den letzten drei Jahren um 80% gestiegen. Zugleich verzeichnen global agierende Lebensmittelkonzerne Rekordgewinne. Laut einem Bericht von Grain¹ vom April 2008 stiegen im Jahr 2007 die Gewinne von Monsanto, dem weltweit größten Samenhersteller, um 44%; die Gewinne von Syngenta, der Nummer eins bei den Pestizidproduzenten, stiegen um 28% allein im ersten Quartal 2008; und Cargill, einer der größten Getreidehändler weltweit, konnte für diesen Zeitraum stolze 86% plus ausweisen. Wal-Mart, der Mexikoableger der größten Supermarktkette Wal-Mart (USA), hatte im ersten Quartal 2008 einen Gewinnzuwachs von 11%, auch Tesco erfreute sich über ein Plus von 12.3% 2007.

Die Gewinne der Lebensmittelmultis und der Supermärkte steigen ständig, während immer mehr Bauern und Bäuerinnen ihre Höfe schließen und die Menschen immer weniger Zugang zu gesunden, nahrhaften Lebensmitteln haben oder diese sich gar nicht mehr leisten können – auch in Österreich. Ein Teil der steigenden Kosten liegt auch darin begründet – um nur ein Beispiel zu nennen – dass Brotregale bis zum Ladenschluss mit frischem Brot und Backwaren gefüllt sind. Während also Sozialmärkte und Tafeln ein unmittelbares und vor allem grundlegendes Bedürfnis von Menschen, die von Armut betroffen sind, befriedigen – jenes nach Zugang zu Essen – werden sie jedoch durch das Verteilen von „Übriggebliebenem“ zum Teil eines dysfunktionalen Systems.

Es gibt jedoch immer mehr Menschen, KonsumentInnen und Bauern und Bäuerinnen, die versuchen, demokratische

Alternativen von unten zu entwickeln und umzusetzen. Anstatt der Macht der Supermärkte ausgeliefert zu sein, organisieren sie sich selbst. Lebensmittelkooperativen, in denen man einander kennt und wo letztlich die ProduzentInnen von Lebensmitteln einen gerechten Preis erhalten und „KonsumentInnen“ für ein gutes Lebensmittel dann meist weniger zahlen

als im Supermarkt, gehören dazu. Es stellt sich daher die Frage, ob Sozialmärkte z.B. nicht zu Solidarmärkten werden könnten, die anstatt dem „Übriggebliebenen“ der Supermärkte, lokalen Bauern und Bäuerinnen alternative Verkaufsmöglichkeiten bieten und Menschen mit geringem Einkommen gute und gesunde Lebensmittel.

1) Against the Grain. Making a killing from hunger. www.grain.org/atg

Die Wiener Tafel – eine lokale Strategie

In Österreich gibt es Lebensmittel im Überfluss, und dennoch haben nicht alle Menschen ihr täglich Brot. 1,1 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze, während täglich bei Lebensmittelproduzenten und in Supermärkten große Mengen von Lebensmitteln anfallen, die – obwohl qualitativ einwandfrei – im Wirtschaftskreislauf nicht mehr verkauft werden können und oft im Müll landen. Dazu zählen Lagerbestände mit nahendem Mindesthaltbarkeitsdatum, Backwaren vom Vortag, Überproduktionen, falsch verpackte Ware oder Obst und Gemüse mit kleinen Schönheitsfehlern. Die Wiener Tafel bemüht sich, täglich und schon seit mehr als zehn Jahren um einen Ausgleich zwischen diesem Überfluss auf der einen und dem Mangel auf der anderen Seite, indem sie Über-Lebensmittel einsammelt und zu Armutsbetroffenen in anerkannten Sozialeinrichtungen in Wien bringt.

Damit agiert die Wiener Tafel lokal und ermöglicht Armutsbetroffenen Zugang zu möglichst ausgewogener Nahrung, denn das Recht auf Nahrung beruht ja auf der Erkenntnis, dass die Ursache von Hunger meist nicht aus Mangel an Nahrung resultiert, sondern vielmehr ein Mangel an Zugang zu Nahrung ist. Die Wiener Tafel vereint in ihrer täglichen Arbeit erfolgreich die Konzepte der Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, Wirtschaftlichkeit und der sozialen Verantwortung und schafft damit eine einmalige Win-Win-Win-Situation für

Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Eine Initiative, die niemandem etwas kostet, aber vielen etwas bringt!

Die Wiener Tafel greift bei ihren Hilfslieferungen auf ein Netz an anerkannten Sozialeinrichtungen zurück. Durch die professionelle Betreuung soll den Armutsbetroffenen nachhaltig geholfen werden, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Mit Almosen alleine geht das nicht. Dies bedarf professioneller und helfender Unterstützung. Gemeinsam mit der materiellen Versorgung durch die Wiener Tafel und der fachlichen Betreuung in den sozialen Institutionen kann das erreicht werden.

Mehr als zehn bewegte und abwechslungsreiche Jahre liegen hinter dem Verein für sozialen Transfer. Noch immer ist die soziale Spedition fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert und finanziert sich fast zur Gänze durch private Spendengelder und Sponsoring. Sie ist unabhängig und konfessionsübergreifend organisiert und setzt sich täglich für einen sinnvollen Umgang mit Ressourcen ein. Mittlerweile verteilt die Wiener Tafel bis zu 400 Tonnen Lebensmittel pro Jahr an über 9.000 Bedürftige in mehr als 75 Sozialeinrichtungen in Wien – dank der rund 180 PartnerInnenbetriebe, die Lebensmittel und Hygieneartikel spenden, sowie der über 150 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.

Nadine ZIELONKE
ist Diplom-Demografin
und ehrenamtliche
Mitarbeiterin der Wiener Tafel.